

Rede des Bundesministers der Verteidigung

Boris Pistorius

anlässlich des 74. Übersee-Tages

des Übersee-Clubs

Hamburg, 6. Mai 2024

Es gilt das gesprochene Wort!

Ich freue mich sehr, heute hier in Hamburg zu sein. Eine Einladung des Übersee-Clubs, ist für sich genommen eine außergewöhnliche Ehre.

Sich dann auch noch in die beeindruckende Galerie von Rednerinnen und Rednern einreihen zu dürfen, die, wie Sie selbst sagen, stets die Vordenker ihrer Zeit sind, ist das i-Tüpfelchen wenn Sie so wollen. Zum Glück bin ich subtilen und nicht so subtilen Druck seit Jahren gewöhnt. Es erfüllt mich also mit großer Freude, heute hier in Hamburg zu sein.

Bevor ich aber zu meinem eigentlichen Thema komme, ist es mir ein ernstes Anliegen, aus aktuellem Anlass sowie vor dem Hintergrund der Ereignisse der letzten Wochen, insbesondere der letzten Tage, ein paar Worte über unsere Demokratie zu sagen.

Angefangen mit den unerträglichen Demonstrationen von Islamisten, die ein Kalifat-Staat in Deutschland errichten wollen und die sich erdreisten, unsere freiheitliche Grundordnung in Frage zu stellen und mit Hohn und Spott zu übersehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

dem muss der Rechtsstaat einen Riegel vorschieben und zwar unmissverständlich. Menschen, die sich dieser Ideologie zugehörig fühlen, haben auch im öffentlichen Dienst Deutschlands und der Länder nichts verloren.

Dies ist nur ein Beispiel dafür, wie sehr unsere Demokratie unter Druck steht. Hinzu kommen die Ereignisse vom letzten Wochenende:

Donnerstag in Essen: Zwei grüne Kommunalpolitiker, die auf dem abendlichen Heimweg attackiert werden, weil sie grüne Kommunalpolitiker sind. Der unerträgliche, brutale Angriff auf Matthias Ecke, den sozialdemokratischen Spitzenkandidaten aus Sachsen.

Das sind unerträgliche Vorfälle. Und ich sage es in aller Deutlichkeit: Demokratie und Freiheit, meine Damen und Herren, werden sich nie alleine verteidigen können, wenn wir es nicht tun.

Wenn sich Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker – das gilt gleichermaßen für Abgeordnete in den Landtagen, im Deutschen Bundestag und im Europaparlament – sich nicht mehr trauen zu kandidieren oder ihre Mandate auszuüben, sich nicht mehr trauen, Plakate aufzuhängen oder Wahlkampf zu machen, weil sie fürchten müssen, verbal oder immer öfter auch körperlich attackiert zu werden, dann stirbt Demokratie von oben.

Etwas Schlimmeres kann der schönsten Gesellschafts- und Staatsform, die wir jemals auf unserem Staatsgebiet hatten, nicht passieren.

Deswegen sind wir auch an dieser Stelle als Demokratinnen und Demokraten jeden Tag gefordert, zu sagen: Nein, bis hierhin und nicht weiter. Wir überlassen diese Demokratie und unsere Art in Freiheit und Sicherheit zu leben keinen Faschisten und keinen Rechtsextremisten.

Man kann über die AfD viel sagen. Aber nicht, dass sie eine demokratische Partei ist. Vielmehr ist sie eine Partei, die uns Demokratinnen und Demokraten mit Hohn und Spott betrachtet. Sie ist eine Partei, die Verachtung für diejenigen hat, die Rechte in Anspruch nehmen. Diese Partei ist in Teilen rechtsextremistisch. Und wir müssen sie, meine Damen und Herren, auch endlich so behandeln.

Eine Bemerkung, die mir wichtig ist und die ich an anderer Stelle auch schon gesagt habe. Auch hier gilt: Geschichte wiederholt sich nicht. Aber die Fehler aus der Geschichte können sich wiederholen. Ich habe neulich auf einer Demonstration – einer der vielen, die in Deutschland Anfang des Jahres nach der unerträglichen Wannsee-2.0-Konferenz stattgefunden hat – ein Transparent gelesen, auf dem stand: Jetzt erfahren wir endlich, was wir an der Stelle unserer Großeltern hätten tun müssen.

Das ist eine Warnung. Eine Warnung an alle, die glauben, Demokratie gehe sie nichts an, sie könnten sich zurücklehnen - Die Demokratie verteidigt sich schon von alleine.

Nein, meine Damen und Herren, die Weimarer Republik ist nicht zugrunde gegangen an der Stärke ihrer Gegner, sondern an der Schwäche und der Feigheit ihrer Anhänger. Wir Demokratinnen und Demokraten müssen aufstehen, wenn wir auch in zehn, in zwanzig Jahren und wenn auch unsere Kinder und Enkelkinder in den kommenden Jahrzehnten friedlich und sicher in diesem Land leben wollen.

Aber zurück zum eigentlichen Anlass meines Besuchs.

Meine Damen und Herren,

Hamburg ist ein Ort, der völlig zu Recht stolz auf seine reiche maritime Geschichte ist. Die Hamburgerinnen und Hamburger haben die Wechselwirkung zwischen Sicherheit, Recht und Wohlstand früh erkannt. Als weltoffene Handelsleute und Kaufmänner wissen sie um die Notwendigkeit eines sicheren, von Recht geprägten Umfeldes zur Ausübung ihrer Geschäfte und Tätigkeiten.

Dazu zählte nicht nur die Sicherheit nach innen, sondern auch nach außen auf den See- und Handelswegen. Auch heute noch profitieren Sie als Bewohnerinnen und Bewohner einer der größten Hafenstädte Europas von freiem Handel und maritimer Sicherheit. Und damit profitiert ganz Deutschland.

Lange haben wir diese Freiheit von See- und Handelswegen, die internationale Ordnung für selbstverständlich gehalten. Haben von Globalisierung und weltumspannenden Lieferketten profitiert, ohne uns vor Augen zu führen, dass diese auch immer wieder verteidigt werden müssen. In den letzten Jahren ist diese Selbstverständlichkeit ganz deutlich ins Wanken gekommen.

Für uns bedeutet dies, dass wir als Deutsche und Europäer mehr einstehen müssen für diese Ordnung. Mit Politik und Diplomatie. Aber auch mit militärischer Abschreckung und im Zweifel mit dem Einsatz militärischer Mittel.

Wir brauchen die Frauen und Männer der Bundeswehr, um zur Verteidigung unseres Landes und unseres Bündnisses, aber auch zur Wahrung der regelbasierten internationalen Ordnung insgesamt beitragen zu können - weit über deutsche Hoheitsgewässer hinaus. Der Einsatz etwa für die Freiheit der Seeschifffahrt und damit in letzter Konsequenz auch für Stabilität und Wohlstand unseres Landes verdient Respekt und er verdient, dass wir uns mit den Belangen der Truppe auseinandersetzen.

Ich möchte daher heute etwas grundsätzlicher über die aktuellen Fragen unserer Verteidigungspolitik sprechen. Das heutige Datum bietet sich hierfür geradezu an. Heute vor 69 Jahren, am 6. Mai 1955, wurde die Bundesrepublik Deutschland offiziell in die NATO aufgenommen.

Noch im gleichen Jahr wurde die Bundeswehr gegründet und am 12. November 1955 erhielten die ersten Freiwilligen in einer Bonner Kaserne ihre Ernennungsurkunden.

Im Jahr darauf wurde aus der Freiwilligen- eine Wehrpflichtigen-Armee, die während des Kalten Krieges auf fast 500 000 Mann anwuchs. Sie ahnen vielleicht, dass ich später auf dieses Thema noch zurückkommen werde.

Nur zehn Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges bedeutete unser NATO-Beitritt die Aufnahme unseres Landes in die westliche Wertegemeinschaft. Und der Beitritt bedeutete – zusammen mit der Gründung der Vorgängerorganisation der EU und der Mitgliedschaft in Weltbank und IWF sowie der später folgenden Aufnahme in die Vereinten Nationen – eine feste Verankerung Deutschlands in einem System internationaler Ordnung.

Ein System, das durch Menschenrechte und Völkerrecht, durch Kooperation und Solidarität, aber auch durch Resilienz und Abschreckung, die Schrecken eines weiteren großen Krieges verhindern sollte. Ein System, das damit auch erfolgreich war.

Für Deutschland kommt hinzu: Ohne dieses System, ohne die engen Bündnisse mit unseren Partnern wären Meilensteine deutscher Geschichte vom Wirtschaftswunder bis zur Wiedervereinigung kaum denkbar gewesen.

Gerade wir in Deutschland wissen daher, welchen Wert das Versprechen gemeinsamer Sicherheit, Solidarität und das Bekenntnis zur internationalen Ordnung hat.

Deutschland ist stolzes und engagiertes Mitglied der Nordatlantischen Allianz. Einer NATO, deren Mitglieder willens sind und bereitstehen, die Menschen auf beiden Seiten des Atlantiks zu verteidigen. Und einer NATO die bewiesen hat,

dass sie anpassungsfähig ist und sich – auch nach dem Ende des Kalten Krieges – immer wieder auf neue geopolitische Realitäten einstellen kann. Sei es die Bedrohung durch internationalen Terrorismus in den 2000er Jahren oder die Destabilisierung unseres Kontinents durch Putins Russland und den Angriff auf die Ukraine.

Heute ist unser Bündnis geeinter und entschlossener denn je.

Diese Partnerschaft beruht auf gegenseitigem Vertrauen und Verlässlichkeit, die durch ständigen Austausch und kontinuierliche Zusammenarbeit immer wieder neu gefestigt werden müssen.

Morgen reise ich in die USA und werde neben zahlreichen Gesprächen mit Vertretern aus Politik, Industrie und Zivilgesellschaft auch Gespräche zur Vorbereitung des NATO-Jubiläumsgipfels im Juli führen.

Er findet zu einem Zeitpunkt statt, an dem die gegenwärtige Sicherheitslage Europas und der Welt so angespannt ist wie lange nicht und die Angriffe auf unsere internationale Ordnung weltweit zunehmen und heftiger werden.

Seit über zwei Jahren sind wir Zeugen des verbrecherischen und rücksichtslos geführten Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine.

Dieser Krieg bringt jeden Tag unermessliches Leid über das Land und seine Menschen. Putin nimmt gezielt kritische und zivile Infrastruktur ins Visier.

Die Krim ist seit nunmehr über zehn Jahren in russischer Hand. Das allein ist ein schwerer Bruch des Völkerrechts und ein Bruch mit den Prinzipien des Zusammenlebens in Europa.

Putin hört nicht auf, die internationale regelbasierte Ordnung mit Füßen zu treten, mit Folgen weit über die Ukraine hinaus.

Zum russischen Angriffskrieg in seinem dritten furchtbaren Jahr kommen globale Machtverschiebungen und weitere multiple Krisen und Konflikte.

Uns allen stockte am 7. Oktober der Atem, als wir Zeugen wurden vom schrecklichen Hamas-Terror in Israel. Brutal und schrecklich, einschneidend und mit Konsequenzen weit über die Region hinaus.

Genährt durch das destruktive und unverantwortliche Verhalten Irans sind wir weiter in großer Sorge um eine Eskalation in der ganzen Region, mit unabsehbaren Folgen für den ganzen Nahen und Mittleren Osten, Nordafrika, aber auch für andere Regionen dieser Welt. Die Angriffe der Huthis auf die Schifffahrt im Roten Meer sind ein weiterer eskalierender Faktor. Dieser Eskalation müssen wir uns klar entgegenstellen.

Parallel schwelen oder toben viele schreckliche, langjährige Konflikte und Krisen weiter, die insbesondere für die Menschen vor Ort verheerend sind: im Jemen, Sudan, im Sahel, in Syrien, Afghanistan, dem Balkan oder dem Kaukasus.

Konflikte, die zum Teil viel zu wenig beachtet werden und die wir nicht separat voneinander betrachten dürfen.

Gleichzeitig stehen in diesem Jahr weltweit mehr als 70 Wahlen an, deren Ausgänge auch für uns in Deutschland bedeutsam sind. Rund die Hälfte der Weltbevölkerung ist zu Wahlen aufgerufen. Das ist zunächst ein gutes Zeichen. Wahlen sind ein wesentlicher Bestandteil von Demokratie. Und demokratische Länder sind ein wesentlicher Träger und Unterstützer unserer internationalen Ordnung.

Bestandteil eines demokratischen Systems sind jedoch das Prinzip der Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, das Recht auf freie Meinungsäußerung, freie Wahlen und eine existierende Opposition. Genauso wird politische Macht legitimiert, kontrolliert und zeitlich begrenzt. In einem Teil der Länder, in denen jetzt gewählt werden kann, ist all dies jedoch nicht gewährleistet. Vielmehr erleben wir weltweit einen Vormarsch der Autokratien.

Das alles steht nur beispielhaft für die Umbrüche der internationalen Ordnung, die wir seit langem beobachten und die zunehmenden weltweiten Angriffe auf diese.

Russland ist und bleibt die größte Bedrohung für Frieden und Sicherheit im euroatlantischen Raum. Das heißt: Wir müssen konkrete Antworten finden, wie wir mit dieser Bedrohung umgehen wollen. Denn es geht bei diesem Krieg um noch viel mehr als Russland und die Ukraine.

Es geht um die Frage, ob wir zulassen, dass Russland, einen souveränen Nachbarstaat in Europa überfällt, um sich Territorien völkerrechtswidrig einzuverleiben und die dort lebenden Menschen ihrer Freiheit zu berauben.

Die Antwort lautet: Wir lassen einen gewaltsamen, revisionistische Autokraten wie Putin damit nicht durchkommen. Denn wir stehen für eine regelbasierte internationale Ordnung und damit für die Stärke des Rechts und nicht das Recht des Stärkeren. Das gilt weltweit und besonders für Brennpunkte und Krisenherde - in Afrika, im Nahen Osten und im Indo-Pazifik. Und das gilt in der Ukraine.

Deshalb ist es unsere Aufgabe, der Ukraine zum Sieg zu verhelfen. Wir können nicht am Seitenrand stehen und zuschauen, wie unser internationales Recht, unsere Ordnung, unsere Werte zerstört werden. Wir müssen die Ukraine gemeinsam mit unseren Partnern unterstützen. Und das so lange wie nötig.

Wir unterstützen militärisch, finanziell und wirtschaftlich. Deutschland steht bei den Waffenlieferungen für die Ukraine an zweiter Stelle, an erster Stelle in Europa. Wir haben allein im letzten Jahr zehntausend ukrainische Soldatinnen und Soldaten hier in Deutschland militärisch ausgebildet. Wir alle – Politik und Gesellschaft – haben zudem viel geleistet, um in den letzten Jahren ukrainische Flüchtlinge in Deutschland zu unterstützen.

Vor etwas mehr als zwei Jahren noch wäre der Gedanke, dass Deutschland militärisches Material in dieser Größenordnung, vom Panzer bis zu Flugabwehrsystemen, in ein Kriegsgebiet liefert, gelinde gesagt, abwegig gewesen.

Heute sind wir es, die auf vielen Kanälen versuchen, auch unsere Partner zu überzeugen, genau dies noch mehr zu tun. Das ist dringend notwendig gerade mit Blick auf die Luftabwehr.

Wir haben deshalb die Initiative *Immediate Action on Air Defence* ins Leben gerufen, um gemeinsam mit Partnern die ukrainische Luftverteidigung in noch größeren Umfang zu stärken. Mit unserer Entscheidung, ein weiteres, drittes Patriot-System zu liefern, sind wir vorangegangen und setzen ein Beispiel für Andere.

Denn gerade wir in Deutschland wissen, welchen Wert verlässliche Unterstützung und Solidarität hat.

Wir haben dieses Versprechen erstmals noch vor dem Beitritt der Bundesrepublik zur NATO erfahren: im Zuge der Berliner Luftbrücke 1948/49. Wir feiern in diesem Jahr nicht nur das 75-jährige Bestehen der NATO, sondern kommenden Samstag auch 75 Jahre Ende der Berlin-Blockade.

Als die Schlinge um Westberlin im Sommer 1948 durch die Sowjets immer enger zugezogen wurde, waren Bahntrassen, Binnenschifffahrt und Straßen, zuletzt auch die Stromversorgung mit Ausnahme der Verbindungen nach Ost-Berlin vollständig gekappt. In einer mit gigantischem Aufwand betriebenen Luftbrücke der Amerikaner und Briten wurde Berlin durch unsere Verbündeten versorgt.

Die Luftbrücke zeigt, wie wichtig es ist, das Richtige zu tun. Wenn unsere Partner nur mit den Schultern gezuckt oder sich darauf berufen hätten, dass die Kosten zu hoch seien, wäre Berlin sehr wahrscheinlich am Ende gewesen. Deutschland würde heute anders aussehen.

Die Rechnung ist auch heute ganz simpel: Ein russischer Sieg über die Ukraine würde uns alle so viel teurer zu stehen kommen als unsere Unterstützung der tapferen Ukrainerinnen und Ukrainer. Sie kämpfen auch für uns gegen das aggressive und expansionistische Russland.

Wir werden und können deshalb die Ukraine nicht aufgeben. Genauso wenig, wie West-Berlin von seinen Verbündeten nicht aufgegeben wurde. Solidarität ist wichtig. Sie verändert die Welt.

Unsere Verantwortung geht über die Ukraine hinaus. Die Verantwortung für kollektive Abschreckung und Verteidigung betrifft unser gesamtes Bündnisgebiet. Bündnisverteidigung an der besonders exponierten Ostflanke

der NATO - vom Hohen Norden bis zum Schwarzen Meer - hat für uns oberste Priorität.

Wir haben nach Beginn der russischen Invasion schnell reagiert und auf Bitten unserer NATO-Alliierten in kurzer Folge Streitkräfte in verschiedenen Missionen im Baltikum, Polen, der Slowakei und Rumänien eingebracht.

Alles, um Russland abzuschrecken und unsere Bündnispartner zu unterstützen. Wir übernehmen Verantwortung für die Sicherheit der NATO-Ostflanke. Bis 2027 werden wir eine kampfbereite Brigade der Bundeswehr dauerhaft in Litauen stationieren.

Die Brigade Litauen ist ein Leuchtturm der Zeitenwende. Sie ist Ausdruck der Verantwortung, die wir im Bündnis übernehmen. Die ersten Soldatinnen, Soldaten und zivilen Mitarbeitenden habe ich Anfang April bereits nach Litauen verabschiedet.

Noch in diesem Jahr wird der Aufstellungsstab sowie im kommenden Jahr die Brigade selbst formell in Dienst gestellt. Die Stationierung wird schrittweise erfolgen. Bis Ende 2027 soll die Brigade einsatzbereit sein.

Die dauerhafte Stationierung einer Brigade in Litauen ist ein großer Schritt für unser Land. Vor allem aber ist dieses Vorhaben ein wichtiges, starkes Zeichen an unsere Partner und Verbündeten.

Und auch an Russland.

Unsere Bundeswehr wird neben der vorrangigen Aufgabe der Landes- und Bündnisverteidigung auch weiterhin weltweit gefordert bleiben, ob in Einsätzen zur Rettung und Evakuierung deutscher und internationaler Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, wie im Sudan im vergangenen Jahr.

Oder in laufenden und neuen Auslands-Einsätzen - bis hin zu Beratergruppen und Mobilien Ausbildungsteams. Nie allein, sondern immer gemeinsam bzw. in Abstimmung mit unseren Partnern. Hier geht es ebenfalls um die Verteidigung einer Ordnung gegen Akteure, die sie angreifen.

Erst gestern konnten wir die Fregatte HESSEN nach ihrem Einsatz im Rahmen der Operation ASPIDES im Roten Meer wieder in ihrem Heimathafen begrüßen. Morgen schon werden wir den Startschuss für das *Indo-Pacific Deployment* 2024 geben. |

Ich selber werde, noch bevor ich in die USA fliege, beim Auslaufen des Einsatzgruppenversorgers FRANKFURT AM MAIN in Wilhelmshaven dabei sein, um unseren Soldatinnen und Soldaten meinen Respekt auszudrücken und ihnen alles Gute und eine gesunde Heimkehr im Dezember zu wünschen.

Seit nunmehr vier Jahren zeigt die Bundeswehr regelmäßig im Indo-Pazifik Präsenz. Das ist gerade jetzt wichtig. Insbesondere unsere amerikanischen Freunde erwarten, dass wir es mit dem *burden-sharing* ernst meinen - vor allem in Europa, aber auch - soweit unsere Kräfte es hergeben - im Indo-Pazifik.

Deutschland muss zeigen, dass wir auch in Zeiten des Krieges auf europäischem Boden ein global verlässlicher Partner bleiben.

Das sind nur ein paar Schlaglichter auf die Vielzahl und Vielfalt der Aufträge der Bundeswehr. Wir müssen also ehrlich sein: Die Breite der Aufträge für die Bundeswehr, die Anforderungen an die Bundeswehr werden nicht abnehmen.

Was deutsche Soldatinnen und Soldaten Tag für Tag leisten, an welchem Ort der Welt auch immer, ob bei einer NATO-Übung in Norwegen, in Litauen oder

im Roten Meer, beeindruckt mich. Es sind unsere Soldatinnen und Soldaten, die den Auftrag der Bundeswehr in aller Breite erfüllen. Sie stehen für Abschreckung und Verteidigung, Verantwortung und Verpflichtung.

Sie stehen im Mittelpunkt der Zeitenwende. Und es ist unsere Truppe die diese Zeitenwende auch stemmen muss, mit all den Veränderungen, Anforderungen und Anstrengungen. Zeitenwende heißt nämlich nicht nur: mehr Geld, mehr Beschaffung, mehr Aufmerksamkeit. Zeitenwende heißt auch: mehr Aufträge.

Die Männer und Frauen der Bundeswehr leisten großartige Arbeit. Unsere Soldatinnen und Soldaten gehen an Orte und in Situationen, die wir niemandem sonst zumuten. Und sie riskieren für unsere Sicherheit ihre eigene Sicherheit, ihr Leben.

Das funktioniert am Ende nur, wenn Politik und Gesellschaft geschlossen hinter der Truppe stehen und die Herausforderungen und Erfordernisse des Militärs unterstützen: mit Respekt, Dank und Anerkennung.

Ohne eine ausreichende Verteidigungs- und Abschreckungsfähigkeit werden wir Frieden und Freiheit in Deutschland und in unserem Bündnisgebiet auf Dauer nicht gewährleisten können.

Wir müssen Vorkehrungen treffen, um weiterhin in Freiheit und Sicherheit leben zu können. Nicht nur für uns, auch für nachkommende Generationen. Wir müssen uns der russischen Bedrohung mit allen Mitteln entgegenstellen und wir müssen unsere Verteidigungsfähigkeit schnell stärken.

Wir müssen kriegstüchtig werden.

Da ist es wieder, dieses viel diskutierte Wort. Ich weiß: Das Wort klingt für Viele immer noch hart und ungewohnt.

Als ich das Wort im November vergangenen Jahres zum ersten Mal genutzt habe, habe ich das keinesfalls leichtfertig getan. Mir ging es dabei nicht um Alarmismus und schon gar nicht um Kriegstreiberei. Ganz im Gegenteil.

Als Verteidigungsminister möchte ich besonders betonen: Natürlich suchen wir den Weg von kluger Politik und Diplomatie. Wir arbeiten daran, Krisen und Konflikte möglichst zu verhindern oder zu entschärfen.

Wir müssen uns in Deutschland aber eben auch mit der veränderten Bedrohungslage auseinandersetzen und entsprechend handeln. Mir geht es darum, dass wir uns auf den Ernstfall, den Verteidigungsfall vorbereiten.

Dafür brauchen wir eine Bundeswehr, die so aufgestellt und ausgestattet ist, dass sie uns und unsere alliierten Partner in einem Krieg verteidigen kann. Nur eine Bundeswehr, die stark und abschreckend ist, kann am Ende möglicherweise verhindern, dass es zum Äußersten kommt. Und nur eine kriegstüchtige Bundeswehr kann unser Land verteidigen, wenn es zum Äußersten kommt.

Es ist unsere Verantwortung und Verpflichtung, dass wir unsere eigene Verteidigungsfähigkeit in Deutschland in den Fokus rücken. Lassen Sie mich daher auf vier Punkte eingehen, die mich besonders beschäftigen: Geld, Personal, Strukturen und Material.

Erstens: Geld. Die neue Bedrohungslage hat bereits viel in Bewegung gesetzt: In diesem Jahr steht uns so viel Geld für unsere Bundeswehr zur Verfügung wie noch nie in ihrer Geschichte. Wir lösen damit unser internationales Versprechen ein, die Bundeswehr kriegstüchtiger zu machen und mindestens zwei Prozent unseres Bruttoinlandprodukts für Verteidigung auszugeben.

Dieses Geld ist zentral, um unserer Verantwortung und unseren Verpflichtungen nachzukommen. Finanzielle Investitionen in die Bundeswehr sind grundlegend. Wir brauchen die nötigen Ressourcen, um lang bestehende Lücken aufzufüllen, um die Bundeswehr auszustatten und um nachhaltig in unsere Abschreckung zu investieren.

Das entscheidende Kriterium ist dabei nicht nur das Erreichen eines Prozent-Ziels. Es geht um viel mehr als das: Am Ende müssen unsere Frauen und Männer der Bundeswehr ihre Aufträge erfüllen können. Und sie müssen dafür entsprechend ausgestattet sein. Das sind wir ihnen schuldig.

Das sind wir auch unseren Partnern schuldig. Alles andere wäre ein fatales Signal: Das neugewonnene Vertrauen unserer Verbündeten in unsere Anstrengungen würde zerstört. Sollten unsere Verteidigungsausgaben nicht kontinuierlich steigen, würde das Russland in seiner Annahme bestätigen, dass uns am Ende doch die Puste ausgeht.

Uns muss bewusst sein, dass die Wehrhaftigkeit unserer Gesellschaft und die Souveränität und Freiheit unseres Landes etwas kostet! Eine verlässliche Verteidigung braucht einen verlässlichen und nachhaltigen Haushalt.

Für mich steht daher fest, dass an der dauerhaften Investition von mindestens zwei Prozent unserer nationalen Wirtschaftsleistung in unsere Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit kein Weg vorbeiführt.

Dafür brauchen wir eine Erhöhung des Verteidigungsetats in einer Größenordnung von mehreren Milliarden Euro. Mehr Schlagkraft für die Bundeswehr ist ohne ein deutliches Mehr an Verteidigungsausgaben nicht zu haben. Die Debatte darüber, woher dieses Geld kommt, werden wir in den nächsten Monaten engagiert führen.

Jeder hier weiß, dass derartige finanzielle Zusagen in den nächsten Jahren nicht einfach sein werden. Und ich kann jede und jeden verstehen, der damit nicht glücklich ist.

Auch ich würde das Geld lieber für andere Dinge ausgeben. Aber der Bundeskanzler hat es bei der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar auf den Punkt gebracht: Ohne Sicherheit ist alles andere nichts.

Und unsere gemeinsame Sicherheit kostet. Aber ich bin überzeugt: Das ist gut investiertes Geld. Weil gerade wir in Deutschland wissen, welchen Wert das Versprechen gemeinsamer Sicherheit hat.

Kommen wir zum zweiten Punkt, dem Personal. Unser Personal ist neben den Finanzen einer der entscheidenden Faktoren, um unsere Kriegstüchtigkeit sicherzustellen. Wir müssen uns daher die Frage stellen: Wer dieses Land verteidigen soll, wenn es ernst wird?

Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung ist das eine wahre Herkules-Aufgabe. Hier im Raum sitzen zahlreiche Unternehmer und Arbeitgeber, Sie alle kennen die Herausforderung bestens.

Wir tun deshalb viel, um konkurrenzfähig zu bleiben. Damit wir die Menschen gewinnen und halten können, die wir für die Erfüllung unseres Auftrages brauchen. Damit die Bundeswehr ein attraktiverer Arbeitgeber wird.

Wir haben zahlreiche Ideen entwickelt und eine Vielzahl konkreter Maßnahmen werden bereits umgesetzt, um junge Menschen für die Bundeswehr zu interessieren. Das reicht aber nicht, wenn wir uns ernsthaft mit

der Frage auseinandersetzen, wie wir uns im Verteidigungs- und Bündnisfall durchhaltefähig aufstellen wollen.

Zum Thema Personal gehört daher eine weitere Diskussion, die ich bereits angeschnitten habe. Es geht um die Frage ob wir in Deutschland wieder einen - wie auch immer auf die Bedarfe zuzuschneidenden - Grundwehrdienst oder gar eine allgemeine Dienstpflicht brauchen.

Ich weiß aus zuverlässiger Quelle, dass Peter Struck diese Frage 2005 als Verteidigungsminister den Gästen des Überseeclubs in seiner Rede ganz konkret gestellt und per Handzeichen hat abstimmen lassen. Ich bin zwar neugierig, möchte aber niemanden zu kurzfristiger Meinungsbildung drängen.

Dass ich diese Frage ganz konkret öffentlich stelle, wissen Sie. Ich lasse in meinem Haus verschiedene Optionen ergebnisoffen ausarbeiten und das Für und Wider abwägen.

Dabei geht es auch um verfassungsrechtliche Fragen bis hin zu praktischen Aspekten, wie der Musterung oder der Unterbringung. Es geht aber auch um gesellschaftspolitische Fragen, wie die der Wehrgerechtigkeit oder wie man Männer und Frauen gleichberechtigt einbinden kann.

Klar ist: Man kann nicht den alten Grundwehrdienst eins zu eins wieder in Kraft setzen. Aber ich bin fest überzeugt, dass wir eine angepasste Form von Wehrdienst in Deutschland brauchen. Mein Ziel ist es, in den kommenden Wochen einen konkreten Vorschlag vorzulegen und diesen gesellschaftlich zu diskutieren.

Wir können die Umfrage dann gerne noch einmal nachholen, wenn alle so weit sind. Denn klar ist, dass diese Debatten gerade in einem Land und in einer Gesellschaft, die in diesen Zeiten resilienter werden muss, wichtig sind. Nur so

werden wir den Herausforderungen einer zunehmend instabilen und krisengeprägten Welt gerecht.

Klar ist dabei auch: Am Ende braucht jedes Modell politische Mehrheiten und vor allem eine Gesellschaft, die es trägt.

Damit die Bundeswehr den aktuellen Herausforderungen gerecht werden kann, sind wir zudem dabei, sie in der Breite besser aufzustellen: finanziell und personell, das sagte ich bereits. Aber auch strukturell, und das ist mein dritter Punkt.

Die Entscheidungen zur neuen Struktur der Bundeswehr der Zeitenwende waren wichtige Meilensteine. Zu Beginn des Jahres haben wir das Ministerium neu strukturiert. Vor einem Monat habe ich die Entscheidung zur neuen Struktur der Streitkräfte und der zivilen nachgeordneten Bereiche getroffen.

Diese neue Struktur im Verteidigungsministerium, bei den Streitkräften und im zivilen Bereich wird die Bundeswehr in der Wahrnehmung ihres Auftrags bestmöglich unterstützen. Landes- und Bündnisverteidigung ist unser Fokus, und wir werden Verantwortung noch klarer verorten.

In den kommenden Monaten arbeiten wir an der Umsetzung und Feinausplanung. In spätestens einem Jahr werden wir in der neuen Struktur arbeitsfähig sein.

Nun komme ich zu meinem vierten und letzten Punkt: Um unserer Verantwortung und unseren Verpflichtungen nachkommen zu können, müssen wir die Bundeswehr auch materiell so ausstatten, dass sie zusammen mit unseren Verbündeten unser Land und das Bündnis erfolgreich verteidigen kann.

Deshalb haben wir die Beschaffung beschleunigt und schaffen gemeinsam mit der Industrie Voraussetzungen, die eine schnelle Erhöhung der Produktionskapazitäten ermöglichen:

Etwa mit langfristigen, verbindlichen Mindestabnahmemengen, international gebündelten Beschaffungen und einer nachhaltigen Finanzierung.

Das ist ein Prozess, den wir zielstrebig mit der Industrie vorantreiben. Ohne eine starke Rüstungsindustrie können wir nicht in Ausrüstung, Waffen und Munition investieren. Unser Ziel ist daher noch bis zum Sommer eine ressortgemeinsame Sicherheits- und Verteidigungsindustriestrategie zu erstellen.

Wir schaffen damit die Grundlage für ein industrielles System, das dynamisch, reaktionsfähig, flexibel und resilient aufgestellt ist. Und das gerade bei Rohstoffen, Schlüsselprodukten und Lieferkettensicherheit internationale Abhängigkeiten in den Blick nimmt, die unsere Produktion im Krisen- und Verteidigungsfall gefährden.

In diesen Kontext gehört auch, dass wir unsere Rüstungsexportpolitik neu denken müssen.

Ich bin überzeugt: Sie wird derzeit weder unserer Zeitenwende, noch der weltweit verschärften geopolitischen Lage gerecht. Das schadet dem Ansehen Deutschlands als verlässlicher und glaubwürdiger Partner.

Wir müssen im Sinne unserer Verantwortung für die internationale Ordnung auch die Sicherheitsinteressen all jener ernstnehmen, die sich gemeinsam mit uns dem Schutz der internationalen regelbasierten Ordnung verschrieben haben. Eine verantwortungsvolle Rüstungspolitik berücksichtigt nicht nur unsere Bündnis- und Sicherheitsinteressen, sondern unterstützt auch unsere bewährten Partner, die ihrerseits unmittelbaren Bedrohungen ausgesetzt sind. Auch und gerade außerhalb von EU und NATO.

Meine Damen und Herren,

damit möchte ich zum Ende meinen Blick erneut auf Deutschland richten. Unsere Verteidigungsfähigkeit betrifft unsere Gesellschaft, unsere Wirtschaft ebenso wie so gut wie alle Politikbereiche.

Wenn wir in der Lage sein wollen, uns und andere zu verteidigen, müssen wir uns auch gesamtstaatlich besser aufstellen. Das ist wesentlicher Bestandteil der aktuellen Verteidigungspolitik. Wir brauchen in Deutschland eine stärkere Verzahnung aller Akteure. Staat, Gesellschaft und Wirtschaft müssen stärker ineinandergreifen. Das ist Integrierte Sicherheit und die müssen wir mit Leben füllen.

Integrierte Sicherheit geht weit über die reine Abstimmung, Koordinierung und Vernetzung unterschiedlicher Politikbereiche hinaus. Sie erfordert die Stärkung der Resilienz von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft ebenso wie eine enge Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern und zwischen Ressorts.

Aufgrund unserer geografischen Lage und unserer Leistungsfähigkeit übernimmt Deutschland eine zentrale Rolle für die kollektive Verteidigung in Europa. Wir sind die Drehscheibe für glaubhafte Abschreckung und Verteidigung. Über uns läuft ein Großteil der Verstärkung für die Ostflanke der NATO.

Hierfür erarbeiten wir erstmals einen sogenannten Operationsplan Deutschland in enger Abstimmung mit den betroffenen Bundesressorts und den Ländern. Er umfasst den operativen Einsatz der Bundeswehr in Deutschland in Frieden, Krise und Krieg und zeigt Bereiche auf, bei denen Behörden, Wirtschaft und Gesellschaft noch stärker zusammenarbeiten

müssen. Es gilt innere Sicherheit und Verteidigung wieder zusammen zu denken.

Meine Damen und Herren,

in einer Welt, die zunehmend von Konflikten und Krisen, von Akteuren, die Ordnung und Stabilität herausfordern, geprägt ist, müssen wir Gefahren ehrlich und unerschrocken erkennen, mit ihnen umgehen und uns wappnen.

Kriegstüchtigkeit bezeichnet deshalb nicht nur militärische Stärke, sondern es geht auch um unser Bewusstsein und unsere Entschlossenheit, für unsere Werte und Überzeugungen einzutreten und sie im Ernstfall zu verteidigen.

Nur so werden wir gesamtstaatlich wehrhafter und als Gesellschaft widerstandsfähiger. So ein Mentalitätswechsel erfolgt nicht über Nacht.

Wir müssen uns immer wieder klar darüber werden, welchen Wert unsere Sicherheit und unsere Freiheit haben. Wir müssen darüber sprechen und diskutieren. Aber wir sind auch nicht mehr ganz am Anfang.

Auch der 6. Mai 1955, die Jahre davor und die Jahrzehnte danach waren mit zum Teil harten politischen und gesellschaftlichen Diskussionen verbunden.

In der Bundesrepublik wurde immer eine Tradition gepflegt, das, was unsere Verteidigung, unsere Sicherheit und die Bundeswehr betrifft, kritisch zu begleiten. Das ist auch gut so.

Das hat mit der Debatte zur Wiederbewaffnung angefangen, das ist beim Nato-Doppelbeschluss weitergeführt worden und das hat sich auch in einer sehr

konfliktträchtigen Debatte zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr
widergespiegelt.

Jede und jeder kann sich in diese Diskussionen einbringen. Ob es bei
großartigen Veranstaltungen wie dieser ist. Oder bei Gesprächen in der Kneipe
oder von mir aus auch an der Fischbrötchenbude.

Unsere Sicherheit, unsere Freiheit und unser Wohlstand basieren auf unserer
internationalen Ordnung. Sie geht uns daher alle an. Aus unserer Geschichte in
der NATO, dieser freiheits- und friedenssichernden Allianz, erwachsen
Verpflichtungen für das Hier und Jetzt. Und für unsere Zukunft.

Wir als Deutsche tragen eine Verantwortung für die Sicherheit und Freiheit
unserer Verbündeten. Und diese müssen wir ernst nehmen.